

## Wie der Mangel an Flexibilität zum Selbsttor führte

# Die Verbraucherpreispolitik der DDR

Der bereits lebhaft diskutierte Beitrag von Dr. Dieter Krause im August-RF hat mich – einen auf diesem Gebiet jahrelang verantwortlich tätig Gewesenen – angeregt, den Problembereich der Verbraucherpreise nach dem Maß meiner Kenntnisse und Erfahrungen in einen politischen Zusammenhang zu stellen. In der Tat waren die von Genossen Krause aufgeworfenen Probleme – und auch viele andere – durchaus nicht unbekannt. Sie standen im Mittelpunkt kritischer Debatten in Fachkreisen verschiedener Ebenen.

Es ist keinesfalls mein Anliegen, alle getroffenen Preisentscheidungen in der DDR zu rechtfertigen. Doch sie aus heutiger Sicht bewerten und beurteilen zu wollen, zwingt dazu, sich die jeweiligen Situationen, Zielstellungen und historischen Bedingungen vor Augen zu führen. Auf dem VIII. Parteitag der SED hatte Erich Honecker 1971 das sozialpolitische Programm der Partei begründet. Ein ganz wesentlicher Aspekt war dabei zweifellos das Konzept stabiler Verbraucherpreise. Es beinhaltete – kurz skizziert – folgende Eckpositionen: Die Preise für die elementarsten Bedürf-

nisse der Menschen wie Wohnen, Energiebezug, Nahverkehr und Grundnahrungsmittel sollten so gestaltet sein, daß alle Bürger der DDR unabhängig von ihrem jeweiligen Einkommen dabei problemlos mithalten konnten. Hier wurde ein deutlicher Kontrapunkt zur im Kapitalismus geübten Praxis gesetzt, steigende Kosten grundsätzlich auf die Endverbraucher abzuwälzen. Hauptsache der Profit stimmt, lautet dort die Devise. Wie die Konsumenten damit zurechtkommen, ist Nebensache. Ein deutliches Beispiel dafür sind die Mieten, die Zug um Zug soweit heraufgesetzt werden, daß Menschen aus niedrigeren Einkommensgruppen sukzessive aus ihren angestammten Wohngebieten verdrängt werden. Der Preis ist in dieser Gesellschaft eines der wichtigsten Instrumente zur Umverteilung des gesellschaftlichen Gesamtvermögens zugunsten der Kapitaleigentümer und Leistungsanbieter. Nicht zufällig wurden gerade die Immobilienhaie aber auch Einzelhandelsoligarchen wie die Albrechts, Otto, Tengelmann u. a. zu den reichsten Leuten dieses Landes.

Die Anbieter von Produkten und Leistungen für Endverbraucher – Versicherungen, Banken, Telefon- und Verkehrsunternehmen, Immobilienkonzerne, Energie-, Wasser- und Gaslieferanten, Handelshäuser, Krankenkassen sowie Unternehmen der Pharmaindustrie –, beschäftigten hochprofessionelle Fachleute und wissenschaftliche Gremien zu dem einzigen Zweck, sich immer wieder neue Mittel

und Methoden auszudenken, um den Konsumenten das Geld aus der Tasche zu ziehen. Der „Normalkonsument“ ist ihnen hoffnungslos ausgeliefert.

Eine sozialistische Preispolitik aber mußte all dem einen Riegel vorschieben. Deshalb wur-

für Brot und andere Nahrungsmittel sollten allen Bürgern das Gefühl der Sicherheit in der Grundversorgung vermitteln.

Nicht anders als bei Brot verhielt es sich auch mit den Aufkaufpreisen für die verschiedensten Agrarprodukte aus privatem Anbau.

Jemand brachte z. B. eine bestimmte Menge Mohrrüben zur Aufkaufstelle und erhielt dafür – nehmen wir einmal an – 50 DDR-Mark. Anschließend kaufte der Lieferant das eigene Gemüse dann für 20 DDR-Mark zurück. Obwohl das viele für Wahnsinn hielten, wurde dabei der Hintergedanke verfolgt, einerseits möglichst viel Gemüse und Obst aufkaufen zu können, andererseits aber die Endverbraucherpreise nicht heraufzusetzen, weil eine solche Maßnahme ja die Masse der Käufer trübe. Ich erinnere mich an Analysen, denen zufolge etwa 10 % solcher Nahrungsgüter auf die geschilderte Weise „vergeudet“ wurden.

Obwohl das durchaus kein stichhaltiges Argument ist, möchte ich darauf hinweisen, daß die heutige Verschwendung von Nahrungsmitteln – allein wegen Überschreitung äußerst knapp bemessener

Verfallsdaten – bestimmt wesentlich höher sein dürfte.

Die durchaus sinnvolle Politik stabiler einheitlicher Preise bedeutet indes keineswegs, daß sämtliche Preisentscheidungen aus sozialen Erwägungen a priori vernünftig waren und tatsächlich die beabsichtigte Wirkung erzielten. Bisweilen trat gerade das Gegenteil ein.

Das sozialpolitische Programm der SED von 1971, in dessen Rahmen die hier skizzierte Preisbildung zu den wichtigsten Säulen der damals beschworenen Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gehörte, ging von einer recht stabilen Situation aus. Doch bereits wenige Jahre nach Verkündung dieser preispolitisch gutgemeinten Strategie hatten sich die ökonomischen Rahmenbedingungen deutlich verschlechtert. Die Weltmarktpreise für Erdöl waren drastisch angestiegen, was sich auch auf die DDR sehr negativ auswirkte. Dieser Umstand löste in höchsten politischen Gremien der Republik lebhafteste Diskussionen aus, die in Forderungen mündeten, eine Korrektur am sozialpolitischen Konzept vorzunehmen. Mir wurde später bekannt, daß Erich Honecker in einer Sitzung des Politbüros rigoros entschieden habe, solche Überlegungen grundsätzlich einzustellen und alle diesbezüglichen Analysen, Entwürfe und Berechnungen zu vernichten.

Vielleicht mag dem der Gedanke zugrunde gelegen haben, daß ökonomische Probleme nur in der Wirtschaft selbst zu lösen seien,



**Inge Burghardt, Mutter von acht Kindern und mithelfende Ehefrau in der Familienbäckerei im Ort Weifa, präsentiert den Nachschub des billigsten Grundnahrungsmittels.**

den Verbraucher- und Industriepreise von Beginn an staatlich festgelegt. Sie galten für sämtliche Eigentumsformen.

Dieser Stabilitätsaspekt – die Unveränderbarkeit einmal festgesetzter Preise – war aus der Erwägung zustande gekommen, daß jegliche Erfolge bei der Produktion von Konsumgütern und auf dem Gebiet der Dienstleistungen sowie sämtliche Lohnerhöhungen nicht, wie im Kapitalismus üblich, durch Preisanstieg wieder aufgezehrt werden dürften. Jeder Werktätige sollte verlässlich planen können, was er bei wachsendem Einkommen mit seinem zusätzlich verdienten Geld anfangen wollte. Die ihm zur Verfügung stehenden Mittel sollten ohne Abzüge der Steigerung des Lebensniveaus dienen.

Diese Grundposition habe ich als selbst mit der Preispolitik Befasster damals durchaus verstanden, vertrete sie im Prinzip auch heute noch und würde sie künftigen Architekten linker Zukunftsprojekte empfehlen wollen, allerdings keineswegs in ihrer extrem starren und dogmatischen Auslegung.

Um auf die von Genossen Krause erörterte Brot-für-Rindermägen-Problematik einzugehen: Seinerzeit wurde – und ich meine nicht völlig unberechtigterweise – so argumentiert, daß das Konsumgut Brot – gewissermaßen als Symbolnahrungsmittel für elementarste Lebensbedürfnisse der Menschen – im Preis nicht verändert werden dürfe, selbst wenn dadurch die Herstellungskosten nicht mehr gedeckt werden könnten. Niedrige Preise

nicht aber – wie im Kapitalismus – durch Abwälzen auf die Schultern der Konsumenten. Zudem glaubte der Generalsekretär damals noch fest daran, daß die weitere Verwirklichung des sozialpolitischen Programms (man denke an die Erfolge im Wohnungsbau) auch mit solchen, wie man meinte, zeitweiligen Schwierigkeiten fertigwerden könnte. Ziemlich sicher ist anzunehmen, daß bei all dem auch die negativen Erfahrungen des 17. Juni 1953 eine maßgebliche Rolle gespielt haben dürften. Damals hatten unpopuläre Maßnahmen, insbesondere auf administrativem Wege erfolgte generelle Normerhöhungen, die DDR an den Rand einer Katastrophe gebracht. Dies durfte keinesfalls erneut passieren.

Ich glaube dennoch, daß Erich Honeckers unverrückbare Entscheidung eine weit in die Zukunft reichende Wirkung hatte. Bis zum bitteren Ende wurde an der dogmatischen Handhabung der Politik stabiler, sprich: unveränderbarer Preise festgehalten – mit deutlich negativen Konsequenzen, wie sich herausstellte. Denn die wirtschaftliche Realität richtete sich natürlich nicht nach den subjektiven Wünschen und Erwartungen der Parteispitze. So gerieten die „starren“ Verbraucherpreise immer mehr in Widerspruch zur tatsächlichen Aufwandsentwicklung, die trotz Erhöhung der Arbeitsproduktivität nicht abgefangen werden konnte. Eine fundamentale Rolle spielten dabei die erhöhten Weltmarktpreise für eine große Skala von Produkten.

Um das Problem zu „lösen“, wurde versucht, durch eine entsprechende Preisbildung für sogenannte neue Erzeugnisse einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Das aber machte die Situation eher noch schlimmer. Auf dem Markt erschienen innerhalb ein- und derselben Erzeugnisgruppe „alte“ Waren zu äußerst niedrigen Preisen neben „neuen“ mit deutlich höheren, wobei deren „Neuheitsgrad“ mitunter kaum wahrnehmbar war.

Dies wurde von den DDR-Bürgern verständlicherweise als Verletzung der ihnen zugesagten Politik stabiler Verbraucherpreise empfunden, zumal mehr und mehr Erzeugnisse unterer Preiskategorien aus dem Angebot verschwanden. Um dem entgegenwirken zu können, wurde die sogenannte Preisgruppenplanung eingeführt, wodurch die Betriebe mit bestimmten Anteilen der Produktion in der unteren, mittleren und oberen Preisgruppe beauftragt wurden.

Diese – man kann fast sagen – verzweifelten Versuche, die sozialpolitische Zielstellung der Verbraucherpreispolitik trotz allem noch irgendwie retten zu wollen, schlugen fehl. Die Preisstützungen für Erzeugnisse und Leistungen, bei denen stabile, also über lange Zeiträume unveränderte Preise galten, stiegen unaufhörlich, bis sie schließlich fast an die 80-Milliarden-DDR-Mark-Grenze stießen. Betroffen war der weitaus größte Teil der den Gesamtkonsum ausmachenden Waren und Leistungen: Wohnungsmieten, Energie,

Nahverkehr, Gebühren und Versicherungen, Grundnahrungsmittel, Baumaterialien, etliche Textilien, technische Konsumgüter u. v. m. Die Subventionen belasteten aber nicht nur den Staatshaushalt der Republik empfindlich, sondern waren auch eine Ursache dafür, daß der Eindruck von DDR-



1972 wurde im mecklenburgischen Bad Kleinen eine neue Konsum-Kaufhalle für Waren des täglichen Bedarfs eingeweiht.

„Mangelwirtschaft“ entstehen mußte. Denn die – auch im Ergebnis der sozialpolitischen Grundkonzeption – weiter gestiegenen Löhne und Gehälter (einschließlich Leistungsprämien) erzeugten ein finanzierbares Verlangen nach Waren und Leistungen, das nicht mehr abgedeckt werden konnte.

Ich möchte hier ausdrücklich feststellen, daß das Angebot in diesen beiden Kategorien bis zum Schluß sogar noch gesteigert wurde, während die Kluft zwischen Kaufkraft und Angebot zu „stabilen“ Preisen schneller wuchs, so daß alles, was auf den Markt kam, schnell wieder „abgeräumt“ wurde. Die Spareinlagen der DDR-Bevölkerung betrugen zuletzt fast 200 Milliarden DDR-Mark. (!) Dahinter verbarg sich nicht nur bewußter Konsumverzicht zur Zukunftsabsicherung. Die Kauflust hätte sich bei entsprechendem Angebot schnell aktivieren lassen. Überdies leisteten die niedrigen Preise und Tarife der Vergütung Vorschub. Das wurde besonders bei Elektroenergie spürbar.

In der Wohnungswirtschaft führten unterbelegte Quartiere mit überzähligen Räumen dazu, daß zu große Wohnungen beibehalten wurden, statt nach angemessenen Ausschau zu halten. Zugleich fehlten die Mittel für Sanierung und Werterhaltung vorhandenen Wohnraums, die statt dessen zur Stützung der Mieten (zuletzt etwa 16 Milliarden DDR-Mark im Jahr!) vergeudet wurden.

Diese Probleme und „Mangelerscheinungen“ haben zweifellos die Grundstimmung der DDR-Bevölkerung sehr negativ beeinflusst. Auch die zum Teil überzogenen Preise für neue Erzeugnisse wirkten in gleicher Richtung. Mir ist das aus vielen Eingaben bekannt, die an die staatlichen Organe und Parteileitungen bis hin zu Erich Honecker gerichtet wurden. Nach meiner Erinnerung betraf rund die Hälfte von ihnen jene Fragen, auf die sich auch Dr. Dieter Krause bezogen hat.

Die hier geschilderten Probleme blieben den auf diesem Gebiet Verantwortlichen nicht verborgen. Ende der 80er Jahre wurden mehrere Entscheidungsvorlagen dazu ausgearbeitet und dem Politbüro vorgelegt. Dabei verzichtete man bewußt darauf, die Frage der Preise für Brot und andere Grundnahrungsmittel auch nur aufzuwerfen. Es ging um solche hochsubventionierten Erzeugnisgruppen und Waren wie Blumen, Campingartikel, Werkzeuge, Haushaltsgeräte, Modelleisenbahnen u. a. Auch Wohnungsmieten und Energiepreise spielten jetzt eine Rolle, einschließlich finanzieller Maßnahmen zur Vermeidung sozialer Härten. Alle diesbezüglichen Vorschläge wurden indes durch Erich Honecker abgelehnt. Zwar gab es jetzt kein direktes Verbot weiteren Arbeitens in dieser Richtung mehr, doch letztlich waren alle Anstrengungen auf Sand gebaut.

Die Situation erwies sich als so verfahren, daß ein radikaler Schnitt notwendig gewesen wäre. Uns wurde klar, daß ein „Weiter so!“ weder ökonomisch noch politisch länger zu rechtfertigen war. Aber

für einen grundlegenden Wandel war die Zeit abgelaufen. Hinzu kam: Die Versorgungslage der Bevölkerung spitzte sich immer mehr zu, und wenn dann noch Preiserhöhungen hätten durchgedrückt werden sollen, würde das – so mag man an der Partei- und Staatsspitze gedacht haben – die Konterrevolution auslösen. Daß sie trotzdem nicht aufzuhalten war, steht auf einem anderen Blatt.

Aus meiner Sicht gab es eine erschreckende Unwilligkeit und Unfähigkeit, auftretende Probleme bei der Verwirklichung prinzipiell richtiger strategischer Zielstellungen rechtzeitig und gründlich zu analysieren, um notwendige Lösungsschritte festlegen zu können. Dazu gesellte sich eine unsägliche Beratungsresistenz im Hinblick auf viele durchaus vernünftige Überlegungen von Fachleuten, denen man auch politische Kompetenz nicht absprechen konnte. (Ich denke dabei nur an den damaligen Preisminister Walter Halbritter.) Vorlagen wurden ohne jegliche Diskussion einfach „abgeschmettert“. Hinzu kam ein unbegreifliches Mißtrauen in bezug auf die Einsichtsbereitschaft der Bürger. So war es strikt untersagt – und hier tat sich Günter Mittag einmal mehr besonders hervor – über Preisfragen öffentlich zu schreiben oder zu sprechen. Intern wurde zwar immer gefordert, daß diesbezügliche Entscheidungen erklärbar sein sollten, offensiv erläutern durfte man sie aber nicht. Dadurch haben wir uns selbst großen Schaden zugefügt, zumal die gegnerische Propaganda gierig die hier geschilderten Themen aufgriff und deshalb in den Augen eines großen Teils der DDR-Bevölkerung oft glaubhafter erschien als unsere eigene Argumentation.

**Peter Elz, Königs Wusterhausen**

*Unser Autor war Abteilungsleiter im Amt für Preise beim Ministerrat der DDR.*



## Wettlauf in der Sackgasse: Afghanistans Präsidentschaftswahlen

# Warlords ohne Ende

**E**in Ringen um den Kopf des toten Kalbes nannten die Afghanen das bereits im März 2013 de facto eröffnete Wahlkampftheater um das Präsidentenamt am Hindukusch. Der erste Wahlgang fand am 5. April 2014 statt. Einmal mehr ging es

um Postenverteilung unter Warlords. Verbal verlangten alle Parteien „saubere Wahlen“. „Haltet den Dieb!“ schreien alle Diebe“, sagt man in Afghanistan, dessen Volk seit 2001 viele solcher Wahlen ertragen mußte.

Mahmud Karsai, ein Bruder des bisherigen Präsidenten, hatte schon am 8. März 2013 vorsorglich verlangt, alle Kandidaten für das

Präsidentenamt sollten sich unterschriftlich verpflichten, die Wahlergebnisse im April 2014 ohne Widerspruch zu akzeptieren.

Was aber wird aus Hamid Karsai?

Nach der Verfassung durfte er nicht zum dritten Mal kandidieren.

Doch Karsai hat sich noch rechtzeitig vor seinem Abgang auf dem schwer bewachten Gelände des Präsidentenpalastes ein Haus errichten lassen. Auf welcher gesetzlichen Grundlage dies geschehen ist, bleibt sein Geheimnis. Er beabsichtigte also überhaupt nicht, nach Ende seiner Amtszeit den Palast zu verlassen und betrachtete sich offenbar als selbsternannter Berater seines Nachfolgers. Seit einiger Zeit versucht er verzweifelt, seinen ramponierten Ruf als CIA-Mann und Pudel der USA zu verbessern.

Ende Juli 2013 hatte Hamid Karsai aus seiner Entourage eine Wahlkommission zusammengebastelt. Zu deren Chef wurde Ahmad Jusuf Nuristani, ein in den USA ausgebildeter Anthropologe und Bürger der Vereinigten Staaten, ernannt.

Unter den Anwärtern auf das Präsidentenamt befanden sich die erstaunlichsten Typen: Einer von ihnen war Zalmay Khalilzad, ein gebürtiger Afghane, der in der Bush-Ära US-Botschafter in Afghanistan gewesen war.

Schon im Sommer 2013 bewarben sich 27 Personen, darunter nur eine Frau, die ihre Kandidatur bei der „Unabhängigen Wahlkommission“ (IEC) angemeldet hatten. „Kaiser“ Karsai sah auf einmal ziemlich nackt aus, weil fast die Hälfte seiner Kabinettsmitglieder, Behördenchefs und zahlreiche Provinzgouverneure oder ihm ergebene Parlamentarier zurücktraten, um sich in letzter Minute als Präsidentschaftskandidaten oder deren Stellvertreter registrieren zu lassen. Einige gaben sich vor der IEC ziemlich martialisch. Die ehemaligen Modjahedin-Kommandanten und derzeitigen Warlords erschienen mit Dutzenden Bewaffneten. Einer von ihnen war

der wegen Kriegsverbrechen und ethnischer Säuberungen großen Stils berüchtigte Abdul Rab Mohammad Rassoul Sayyaf. Er ist jener Islamist, welcher nicht nur Osama Bin Laden nach Afghanistan geholt hatte, sondern auch als einer seiner besten Freunde



Die anhaltende Erniedrigung der afghanischen Frauen bleibt hinter Schleiern vrborgen.

galt. Als Parlamentsabgeordneter in Kabul machte er sich aus verständlichen Gründen stark, ein Amnestiegesetz für Kriegsverbrecher zu erlassen.

Ein anderer Bewerber war der Karsai-Vertraute Gul Agha Shirzai, Gouverneur der ostafghanischen Provinz Nangrahar, der alles verkörpert, was für die Modjahedin-Kommandanten und Warlords typisch ist: Gier, Grausamkeit, Verachtung für Menschenrechte. Als Minister für Städtebau in Karsais erstem Kabinett begleitete Shirzai persönlich seine Heroinfraucht im Flugzeug von Helmand nach Kabul.

Der ehemalige Verteidigungsminister General Abdul Rahim Wardag wollte auch Präsident werden.

Er hatte 7,5 Millionen Dollar an die Abgeordneten gezahlt, um durch diese bestätigt zu werden. Sein Sohn ist als Inhaber einer Sicherheitsfirma stets den US-Besatzern zu Diensten.

Kurz nach der Registrierung wurde über die Hälfte der Bewerber wegen doppelter Staatsbürgerschaft von der Liste gestrichen. Insgesamt disqualifizierte man 17 von 27 Präsidentschaftskandidaten, die im Besitz ausländischer Pässe, meist der USA, waren. Auch an Gewalt fehlte es nicht. So erschossen die Taliban am 17. September 2013 Amanullah Aman, den Chef der Wahlkommission in der nordafghanischen Provinz Kundus. Anfang Februar 2014 wurden zwei Wahlhelfer Abdullahs in der westafghanischen Stadt Herat ermordet.

In Afghanistan ist alles wie eine Ware käuflich und verkäuflich. Der Ein- und Verkauf von Kandidaten spielte auch diesmal eine enorme Rolle. Wo eine Kandidatur zugunsten des aussichtsreicheren Bewerbers zurückgezogen werden sollte, floß Geld.

Auch Mohammad Atta Noor, der schlaue und machtbesessene „König von Balkh“, handelte nach dem Motto: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Er zog

es vor, ein regionaler Herrscher zu bleiben, statt Bürgermeister von Kabul zu werden.

Zum ersten Mal fanden bei Fernsehduellen inhaltliche Debatten statt. Der Finanzfachmann Ahmadzai stellte sogar „einen detaillierten Zehnjahresplan zur Schaffung von

Arbeitsplätzen“ vor. Eine Farce! Abdullah und Ahmadzai kündigten an, als erste Amtshandlung die sofortige Unterzeichnung des sogenannten Sicherheitsabkommens – also des Besatzungsabkommens mit den USA – zu vollziehen, was Afghanistan in ein Militärprotektorat der Vereinigten Staaten – auch ohne Kampftruppen – verwandelt. Obwohl Kar-

sai das Abkommen hatte ausarbeiten lassen und auf der Ratsversammlung (Loya Jirga) am 20. November 2013 die von ihm einbestellten Delegierten dazu aufforderte, dem Dokument zuzustimmen, weigerte er sich am Ende, es zu unterzeichnen. Das war seine späte Rache an Barack Obama, der ihn 2009 hatte ablösen wollen.

Der Wahlkampf am Hindukusch trug deutlich US-Charakter. Zahlreiche bestellte Schreihälse begleiteten die Kandidaten. Sie stimmten nach fast jeder unbedeutenden Aussage ein so ohrenbetäubendes Geschrei an, daß der Kandidat kaum noch zu verstehen war.

In der Endphase des Schlagabtauschs wurde mit harten Bandagen gekämpft. In manchen Provinzen sollen sogar Waffen verteilt worden sein, um dem Einfluß von Kandidaten auf die Wahlkommission Nachdruck zu verleihen. Fast sämtliche Bewerber warfen sich gegenseitig vor, von hohen und höchsten Regierungsbeamten protegiert zu werden.

Die 16 EU-Wahlbeobachter aus dreizehn europäischen Ländern trauten sich kaum aus ihrem Luxushotel „Serena“ in Kabul heraus. Sie kehrten dem mit 100 Millionen US-Dollar aus dem Ausland finanzierten Urnengang wegen Anschlagsgefahr den Rücken und reisten ab, bevor die Abstimmung überhaupt stattgefunden hatte. Sie konnten nur wenige Wahllokale in Kabul besichtigen und stellten dort nicht ganz so massive Fälschungen wie 2009 fest, berichtete der WDR. Nur einen Tag nach der Abstimmung aber wurden 162 Beschwerden bei der IEC eingereicht, am 9. April waren es dann schon 1500.

Es gab wie in der Vergangenheit „Geisterwahllokale“ mit gähnender Leere, doch bis an den Rand gefüllten Wahlurnen. Selbst im Westen Kabuls, wo zwei Millionen schiitische Hazarar wohnen, fehlten die Wahlzettel schon am Mittag. Das war in 15 von 34 Provinzen des Landes der Fall. Offenbar hatten einige Wähler mehrfach abgestimmt.

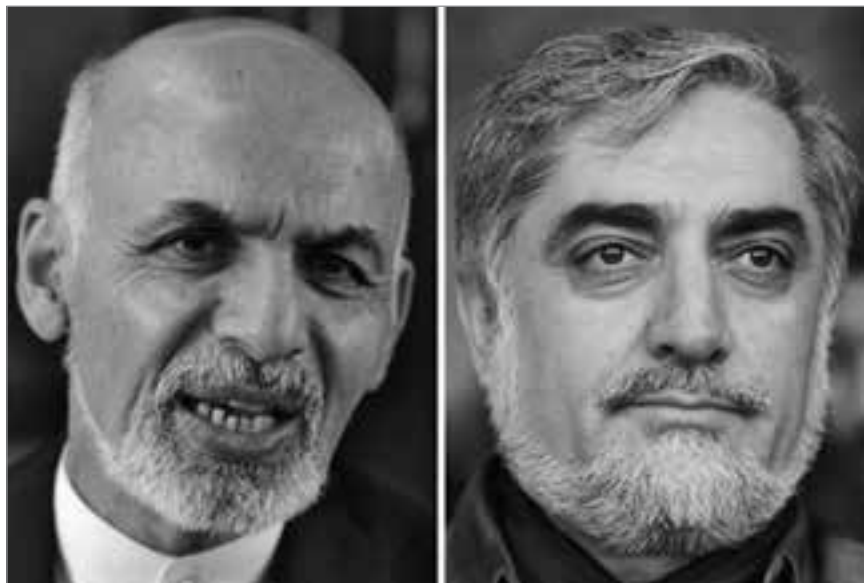
Das in der Hauptstadt ansässige Afghanistan Analyst Network (AAN) berichtete, es habe insgesamt 13,5 Millionen Wahlberechtigte gezählt. Andere Quellen sprachen von 12, 15 und 21 Millionen. Im Umlauf waren 21 Millionen Wahlkarten. Man schätzte, daß über 30 Prozent mehr Karten „auf dem Markt“ gewesen sind, als es Wahlberechtigte gab. Damit waren Stimmenkauf und Manipulation programmiert. Vor allem auf dem Land, wo kollektiv gewählt wurde, verkauften lokale Anführer die Stimmen ihrer Untertanen gegen Geld und Regierungsposten im voraus an Zwischenhändler.

Die ARD-Südasiens-Korrespondentin Sandra Petersmann fand dies alles gar nicht so schlimm und attackierte „Berufsnörgler“. Bald danach reihte sie sich selbst unter diese ein. „Der Staat ist schwach und korrupt und kann sich allein nicht finanzieren. Gewalt gehört nach wie vor zum Alltag, die Armut ist allgegenwärtig“, stellte sie fest. Nach Bekanntgabe der Vereinbarung zwischen Ahmadzai und Abdullah fügte Petersmann am 21. September hinzu: „Was mich unendlich traurig macht, ist die Tatsache, daß so viele Millionen Afghanen zweimal ihr Leben riskiert haben für eine Wahl, die ihnen gestohlen worden ist. Die Wähler waren im Angesicht von Todesdrohungen unendlich mutig. Sie wollten Wandel. Nicht sie haben gefälscht, sondern jene, welche jetzt gemeinsam regieren werden. Es verbietet sich, nach dieser Wahlfarce von der ersten demokratischen Machtübergabe in der afghanischen Geschichte zu sprechen.“ Während US-Präsident Barack Obama die Wahlen als „entscheidend für die demokratische Zukunft Afghanistans“ bezeichnete, sprach Ex-NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen von einem „historischen Moment“. Der außenpolitische Kommentator der FAZ, Klaus-Dieter Frankenberger, sah darin sogar eine nachträgliche Rechtfertigung für den Bundeswehreinsatz am Hindukusch.

Am 15. Mai wurde das „amtliche Endergebnis“ verkündet. Demnach erhielt Abdullah 45 % (überwiegend der Tadschiken und Hazaras) und Ashraf Ghani Ahmadzai 31,6 % (vor allem der Paschtunen, Usbeken und Turkmenen). 52 % der Afghanen hätten an der Abstimmung teilgenommen.

Meine Gesprächspartner in Afghanistan waren übereinstimmend der Meinung, die USA hätten darüber entschieden, wer in Kabul Präsident werden dürfe. Alles andere sei nur billiges Theater. Sowohl Ahmadzai als auch Abdullah kündigten an, die Beziehungen zur Besatzungsmacht USA und dem wichtigsten Nachbarn Pakistan rasch

zu verbessern. „Die größte Gefahr für den schwachen afghanischen Staat sind nicht die Taliban, sondern ist eine korrupte, als illegitim betrachtete Regierung“, sagte man mir in Kabul.



Todfeinde als Partner wider Willen: Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah

Am 14. Juni 2014 fand dann die Stichwahl statt. Nach wochenlangem Streit und gegenseitigen Vorwürfen der Kandidaten gab die Wahlkommission am 7. Juli das vorläufige Ergebnis bekannt. Demnach sollte Ahmadzai 56 % und Abdullah 44 % des Votums erhalten haben. Ahmadzai hätte demnach die Zahl seiner Stimmen verdoppelt und Abdullah nur 16 % hinzugewonnen. Das amtliche Ergebnis sollte am 22. Juli verkündet und der Nachfolger Karsais am 2. August in sein Amt eingeführt werden. Doch eine neue Runde des Streits und wechselseitiger Betrugsvorwürfe begann. Ashraf Ghani Ahmadzais unglaubwürdige Aufholjagd wurde damit begründet, seine gut organisierte Sippe habe im Osten des Landes den Frauen erlaubt, an der Stichwahl teilzunehmen.

Schon am 8. Juli hatte sich Abdullah zum Sieger ausgerufen. Seine Anhänger verlangten, er solle eine Parallelregierung bilden. Die Wahl sei gefälscht worden, er werde niemals eine Niederlage einräumen, erklärte Abdullah. „Tod Ashraf Ghani! Tod der Wahlkommission!“ riefen Demonstranten in Kabul und Herat.

Am 8. Juli machte die US-Administration deutlich, daß sie der von Diplomaten als „dramatisch“ beschriebenen Krise in Afghanistan nicht länger von der Seitenlinie aus zuschauen werde. US-Präsident Obama telefonierte mit Abdullah und Ahmadzai und drohte mit dem Ende der militärischen und finanziellen Unterstützung. Danach wurden beide Kandidaten „von zehn verschiedenen Seiten“ täglich unter Druck gesetzt, um den Weg zur Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit“ zu ebnen.

Am 8. August reiste Außenminister Kerry nach Kabul und setzte im Ergebnis eines vierzehnstündigen Verhandlungsmarathons

in der US-Botschaft eine schriftliche Vereinbarung zur gemeinsamen Regierungsbildung durch. Ahmadzai erklärte nun plötzlich, er wolle mit Abdullah zusammenarbeiten. „Was uns verbindet, ist viel

mehr als das, was uns während des Wahlkampfes getrennt hat“, heuchelte er. Die Kontrahenten waren damit einverstanden, alle angeblich 8,1 Millionen abgegebenen Stimmen noch einmal zu überprüfen zu lassen.

Die NATO wollte bis zu ihrem Gipfeltreffen im südwalisischen Newport am 4. und 5. September wissen, wer sich in Afghanistan fortan Präsident nennen dürfe, um mit diesem das Besatzungsabkommen unter Dach und Fach zu bringen. Es soll die „westliche“ Präsenz nach dem offiziellen Abzug der ISAF-Truppen zementieren. Karsai lehnte

es ab, nach Wales zu reisen, was als sein „letzter Affront“ bewertet wurde.

Nach der 100 Millionen Dollar verschlingenden Wahlfarce gab es am Ende doch noch einen „Befreiungsschlag“. Er ähnelte dem Hornberger Schießen. Es fand zwar eine Zeremonie statt, aber ein Ergebnis der Neuauszählung, die immerhin unter Aufsicht der UNO stattfand, ließ weiter auf sich warten. Abdullah habe nicht wie 2009 als Verlierer dastehen wollen, hieß es. Deshalb sei Ahmadzai am 21. September „auf seinen Wunsch“ von der Wahlkommission zum neuen Präsidenten erklärt worden. „Das geschah, ohne ein konkretes Wahlergebnis zu veröffentlichen“, stellte die „New York Times“ fest.

Die Vereinbarung zwischen Ahmadzai und Abdullah über ein Spiel mit verteilten Rollen ist verfassungswidrig. Für die Afghanen ändert sich am totalitären Regime nichts. „Der Kampf um die Demokratie ist in Afghanistan gescheitert, gesiegt haben die Taliban“, urteilte die Prager Zeitung „Mlada Fronta Dnes“.

Unter massivem Druck westlicher Politiker, besonders aber der USA, einigten sich die beiden wichtigsten Räuberhauptidee Ahmadzai und Abdullah am 21. September auf die Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit“. Acht Tage später wurde Ahmadzai in das Amt des Präsidenten eingeführt, am 30. September unterzeichnete er das Sicherheitsabkommen mit den USA. Das von dort importierte und mit dem Virus der afghanischen Warlords infizierte System am Hindukusch wird weiterhin auf äußerst schwachen Füßen stehen. Dessen politischer, ökonomischer und militärischer Status dürfte der eines vom Westen – vor allem von den USA – abhängigen Protektorats sein.

Dr. Matin Baraki